



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

P 530 Postulat Ledergerber Michael und Mit. über die Information der Öffentlichkeit über die Organisationsentwicklung 2017 (OE17) und das Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17) / Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Michael Ledergerber beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Michael Ledergerber: Vor gut einem Jahr habe ich ein ähnlich lautendes Postulat (P 305) mit der Begründung zurückgezogen, dass die Ansätze der Regierung bezüglich Information und Kommunikation zur OE17 grundsätzlich in die richtige Richtung gehen. Ich war im guten Glauben, dass der Regierungsrat transparent über den OE17-Prozess informieren werde. Vermutlich war ich etwas zu gutgläubig, denn meiner Meinung nach ist zu wenig passiert. Die Kommissionen werden nach wie vor ungenügend informiert, und auf Wünsche der Ratsmitglieder wird nur bedingt eingegangen. Anlässlich der Juni-Session 2018 hat unser Rat die entgegen dem Antrag der Regierung als Postulat erheblich erklärte Motion M 193 von Marcel Zimmermann nicht abgeschrieben. Bezüglich der Information über den OE17-Prozess geht die Wahrnehmung zwischen dem Regierungsrat und unserem Rat auseinander. Seit letztem Juni haben wir nur sehr oberflächliche Informationen zur OE17 erhalten. Den Ablehnungsantrag der Regierung wegen Erfüllung verstehe ich nicht. Ich beantrage die teilweise Erheblicherklärung meines Postulats und verzichte auf die Forderung nach einer Homepage für die Öffentlichkeit. Dass es unter diesen Umständen schwierig ist, die Öffentlichkeit transparent zu informieren, spricht für sich. Denn wenn der Regierungsrat es nicht schafft, unseren Rat zufriedenstellend zu informieren, wie soll es erst mit der Öffentlichkeit funktionieren? Deshalb soll sich der Regierungsrat darauf konzentrieren, unseren Rat ausführlich über den OE17-Prozess zu informieren. Es ist eine Herausforderung, die gut 120 Massnahmen in einer einfachen, verständlichen und klaren Art darzustellen. Aber für einen fortschrittlichen, innovativen und modernen Kanton wie Luzern sollte das doch möglich sein. Innerhalb der Kommissionen braucht es eine transparente Kommunikation mit sehr hohem Informationsgehalt über geplante und beschlossene Massnahmen, den Prozess und die involvierten Stellen. Was die Regierung bisher getan hat, reicht nicht aus. Mit der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats wird der Druck auf die Regierung erhöht.

Urs Brücker: Das vorliegende Postulat ist so eine Art Déjà-vu. Am 31. Oktober 2017 haben wir bereits ein Postulat von Michael Ledergerber über die Veröffentlichung der Detailmassnahmen zur OE17 behandelt beziehungsweise eben nicht behandelt, weil der Postulant den Vorstoss zurückzog. Er war damals der Ansicht, dass der Regierungsrat mit der öffentlichen Kommunikation zur OE17 endlich auf dem richtigen Weg sei mit dem Hinweis auf die Veröffentlichung der detaillierten Massnahmenliste im Juni 2017. Jetzt ist der Postulant mit der Kommunikation des Regierungsrates offensichtlich wieder eher unzufrieden, und er will, dass die breite Bevölkerung laufend und detailliert über die

Umsetzung und die Auswirkungen der OE17-Massnahmen informiert wird, womöglich auf einer eigenen Homepage. Der Regierungsrat weist in seiner ablehnenden Stellungnahme darauf hin, dass im Rahmen der OE17 vor allem Massnahmen zur Optimierung der Abläufe und Prozesse in der Verwaltung umgesetzt werden und die breite Öffentlichkeit nicht oder kaum direkt davon betroffen sei. Ebenfalls weist der Regierungsrat darauf hin, dass sowohl in den kantonsrätlichen Kommissionen, aber zum Beispiel auch im AFP 2018–2021 und im Jahresbericht 2017 – welche ja öffentlich zugänglich sind – über den Umsetzungsstand informiert wurde. Klar, die Kommunikation war in letzter Zeit nicht gerade die Stärke der Luzerner Regierung, ich erinnere an das Beispiel der Gebühr für die Papierrechnungen des Strassenverkehrsamtes. Aber wo gearbeitet wird, passieren auch Fehler. Die Überprüfung der Umsetzung der Massnahmen der OE17, welche unseren Haushalt ja nachhaltig entlasten sollen, ist als gewählte Volksvertreter unsere Aufgabe. Wir haben jederzeit die Möglichkeit, Anfragen zu stellen. Auch unsere Anfragen und die Antworten des Regierungsrates sind öffentlich zugänglich. In diesem Sinn halten wir weiter gehende Informationen für die Öffentlichkeit für nicht für notwendig und lehnen das Postulat wegen Erfüllung ab.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Bereits bei der Diskussion über die als Postulat überwiesene Motion M 193 von Marcel Zimmermann haben wir erklärt, dass wir generell keine zusätzlichen Berichte wollen, weil damit auch immer Kosten verbunden sind. Da unser Rat die Motion M 193 nicht abgeschrieben hat, ist das Anliegen des vorliegenden Postulats deponiert. Die Informationen zu den OE17-Massnahmen erfolgen in den Kommissionen, speziell in der PFK. Aus Sicht der CVP informiert der Regierungsrat genügend. Die CVP lehnt das Postulat nicht wegen Erfüllung ab, sondern weil wir keine weiteren Kosten für einen solchen Bericht generieren wollen.

Philipp Bucher: Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab. Natürlich ist auch uns klar, dass die Öffentlichkeit über die Massnahmen der OE17 sowie über das KP17 informiert werden soll. Die Regierung ist diesem Informationsbedürfnis verschiedentlich nachgekommen. In der Juni-Session 2017 hat unser Rat den Planungsbericht B 39, dem die Motion M 82 von Marcel Omlin namens der PFK zugrunde liegt, mit 95 zu 23 Stimmen zur Kenntnis genommen. Das Massnahmenpaket zum KP17 im Umfang von über 720 Millionen Franken für die Jahre 2017–2020 (Botschaft B 55) haben wir in der November- und Dezember-Session 2016 sehr ausführlich in über 20 Traktanden abgehandelt und die einzelnen Massnahmen im Verhältnis von 4 zu 1 oder noch deutlicher verabschiedet. Es ist hinlänglich bekannt, dass schlussendlich auch die Stimmberechtigten im Mai 2017 zwei gewichtige Massnahmen abgelehnt haben. Auch die Medien hatten so wiederholt Gelegenheit, darüber zu berichten. Die OE17 und die daraus abgeleiteten Massnahmen haben in erster Linie Auswirkungen auf die Verwaltung und das Kantonsgericht. Über die OE17 hat die Regierung bereits am 17. Februar 2017 informiert. Weitere Informationen folgten am 23. Juni 2017. In der entsprechenden Medienmitteilung wurde festgehalten, dass die weitere Berichterstattung im Rahmen des AFP sowie des Jahresberichtes erfolgen soll. Als Mitglied der PFK weiss der Postulant, dass die Regierung regelmässig – fast in jeder PFK-Sitzung – über den Umsetzungsstand der OE17 berichtet. Die verfügbaren Informationen sind umfangreich. Aus unserer Sicht ist die Regierung ihrer Informationspflicht nachgekommen.

Angela Lüthold: Grundsätzlich bringt die SVP für das Anliegen des Postulanten ein gewisses Verständnis auf. Uns ist es ebenfalls wichtig, dass die Bevölkerung fortlaufend über Änderungen, Gebühren und Massnahmen informiert wird. Die Regierung erklärt in ihrer Stellungnahme, dass sie unseren Rat im Rahmen von Berichten und Botschaften ständig informiert habe. Das ist richtig. In der PFK wurden wir laufend über den neusten Stand der OE17 und anderer Aufgaben informiert. Im Jahresbericht und im AFP werden alle Massnahmen aufgezeigt. Über die Homepage des Kantons sind diese Informationen auch der Öffentlichkeit zugänglich. Das Schaffen einer zusätzlichen Homepage würde zu weiteren Kosten und einem Mehraufwand führen. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat wegen Erfüllung ab.

Monique Frey: Wenn ich für diese Massnahme verantwortlich wäre, würde ich sie auch lieber stückweise in den Fachkommissionen, im Jahresbericht oder im AFP preisgeben. Wir verlangen aber zusammenhängende Informationen, wie das bei einem Monitoring üblich ist. Da die Mehrheit hinter diesen Massnahmen steht, hat der Regierungsrat auch nichts zu befürchten. Zurzeit führe ich unsere neue Kantonsrätin in den Ratsbetrieb ein. Es ist eine grosse Herausforderung, Informationen über die Spar- und Abbaupakete sowie die Konsolidierungsmassnahmen der letzten acht Jahre zusammenzustellen. Es würde uns guttun, auf die letzten acht bis zehn Jahre und die vielen Einsparungen und Abbaumassnahmen zurückzuschauen. Wir sollten uns zudem überlegen, in welche Richtung sich der Kanton weiterbewegen will. Die Grüne Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Helene Meyer-Jenni: Klarheit, Übersicht und Transparenz sind Teil einer glaubwürdigen Politik. Wer von uns hat aber noch den Überblick über all die verschiedenen Sparmassnahmen, die wir in den letzten Jahren beschlossen haben? Alle Fraktionen bemängeln, es sei schwierig, die Übersicht über alle beschlossenen Massnahmen zu behalten. Die Regierung informiert wohl die einzelnen Kommissionen, aber eine Gesamtübersicht liegt nicht vor. Der Postulant hat erklärt, dass er auf die Forderung einer Homepage für die Öffentlichkeit verzichte. Eigentlich geht es uns darum, einen Überblick über die bereits erfolgten Massnahmen zu erhalten, aus welchen Gründen auf gewisse Massnahmen verzichtet wurde und welche noch geplant sind.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Das OE17-Paket enthält über 120 Massnahmen. Kleinere Massnahmen daraus konnten bereits erledigt werden. Es gibt aber auch umfassendere Massnahmen, beispielsweise die Anpassung des Schatzungsgesetzes. Es gibt Massnahmen, die in die Kompetenz der Departemente, des Regierungsrates oder des Kantonsrates fallen. Es ist deshalb schwierig, über die verschiedenen Massnahmen zusammenfassend orientieren zu können. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir der PFK sowohl einen Überblick über die Finanzen als auch über die Projekte liefern. Die Fachkommissionen hingegen orientieren wir über den Stand der einzelnen Massnahmen, soweit dies notwendig und je nach Stand des Projektes möglich ist. Wir nehmen sowohl in der Jahresrechnung als auch im AFP Stellung und können so die einzelnen Massnahmen den entsprechenden Aufgabenbereichen zuteilen. Dadurch erhalten Sie einen Überblick. Das Reporting eines solchen umfassenden Projektes ist nicht ganz einfach, das heisst aber nicht, dass wir Ihrem Rat Informationen vorenthalten wollen. Wir haben praktisch in jeder PFK-Sitzung über den Projektstand informiert und versuchend laufend, das Reporting anzupassen und nötigenfalls auch zu verbessern. Ich bitte Sie aber um Verständnis, dass wir nicht in jeder Kommission über alle einzelnen Massnahmen rapportieren können. Wir haben aber ein Interesse daran, dass Ihr Rat gut über die OE17-Massnahmen informiert ist.

Der Rat lehnt das Postulat mit 72 zu 23 Stimmen ab.